



Der Protest-Spaziergang verlief am Rande eines der Felder, das bebaut werden soll.

CONNY MUELLER (2)



Die Organisatoren des Protests sammelten vor Ort auch Unterschriften für eine laufende Petition.

# Anwohner wehren sich gegen „Flächenfraß“

150 Menschen haben gegen die geplante Forensik-Klinik in Heidhausen protestiert – wegen der Dimensionen des Baus. Bürgerinitiative gegründet

**Daniel Henschke**

Die Felder oben in Heidhausen sind ein Idyll. Doch bald könnten hier Grünflächen versiegelt werden für den Bau einer forensischen Klinik an der Barkhovenallee. Aus Sicht vieler Anwohner in Zeiten des Klimawandels völlig falsch. Eine Bürgerinitiative lädt am vergangenen Samstag ein zu einem Protestspaziergang. An die 150 Menschen sind erschienen, ein Querschnitt durch die Generationen. Auch die Politik ist aufmerksam geworden. Bezirksbürgermeisterin Gabriele Kipphardt hört sich in Ruhe alles an, möchte sich erst einen Überblick verschaffen. Aber die Kommunikation mit den Bürgern sei hier schiefgelaufen, soviel stehe fest.

An der Barkhovenallee gibt es Baurecht für ein „Psychiatrisches Behandlungszentrum“. Und das schon seit 1974. Und das ist der Knackpunkt für die Bürgerinitiative. Kann es wirklich sein, dass Flächen versiegelt werden aufgrund 50 Jahre alter Pläne? Eine der Mitmarschierenden sagt das so: „Wir bekommen immer häufiger Starkregenereignisse. Dann rauscht das Wasser ungebremst nach Werden herunter und dort gehen die Gullydeckel hoch.“

Werner Schepers ist einer der Organisatoren: „Diese grüne Lunge von Heidhausen darf nicht zur Be-

tonwüste werden. Daher gehen wir heute gemeinsam ein paar Schritte für den Erhalt von Natur, Frischluft und Lebensqualität. Und gegen Flächenfraß.“ Friedlich soll gegen die geplante „Ausweitung der Baupläne“ protestiert werden. Und man beklage fehlende Information und Kommunikation, etwa durch den Planungsbeirat zum Bau der Forensik, der doch eigens für solche Zwecke gegründet worden sei.

## Unterschriften für Petition

Unterschriftenlisten liegen aus für eine entsprechende Petition an den Landschaftsverband Rheinland und das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. An diesem Samstag kommen 70 Unterschriften hinzu. Ein Petitionsaufruf auf [weact.campact.de](http://weact.campact.de) bezeichnet innerhalb von nicht mal zwei Tagen über 1000 Unterstützer. Wobei Schepers ausdrücklich darauf hinweist, dass die Bürgerbewegung nicht etwa gegen den Neubau an sich protestiere: „Schließlich muss die Forensik irgendwo hin.“ Ob das alle hier so sehen?

Der Grüne Ratskandidat Ludger Hicking-Göbels zweifelt das an: „Ich finde es wichtig und richtig, dass die Gesellschaft Kapazitäten schafft für therapeutische Angebote. Das möchte ich ganz persönlich für diese Menschen.“ Doch die aktuelle Diskussion laufe aus dem Ru-

der: „Es kann nicht heißen, es soll hier keine Forensik geben. Da sind wir drüber hinaus. Es geht um das Wie. Aber das kommt nicht so richtig voran, weil die Öffentlichkeit nicht beteiligt wird. Das ist ein großes Versäumnis. Es hätte vermieden werden können, dass die Dinge so eskalieren wie jetzt“, meint Hicking-Göbels. Es wäre hilfreich, wenn sich LVR mit den bei der Stadt zuständigen Dezernenten Martin Harter und Peter Renzel zusammensetze und kurzfristig eine Infoveranstaltung einberufe: „Hier werden Dinge behauptet, die so nicht richtig sind, weil die Bevölkerung verunsichert ist. Zum Beispiel ist die alte Streuobstwiese nicht in Gefahr. Wir müssen zurückkommen zu einer faktenbasierten Diskussion.“

Werner Schepers betont noch einmal, man habe „absolut nichts“ gegen einen Neubau auf dem Gebiet der alten Klinik: „Wir haben allerdings eine Menge gegen die Bebauung der beiden großen Felder.“ Und gegen „mehr Verkehr und Lärm“. Denn so eine Forensik habe bestimmt um die 300 Mitarbeiter, wie zu hören sei. Und die kämen wohl kaum mit dem Fahrrad nach Heidhausen.

Was ist nun wirklich bekannt? Der LVR möchte eine Forensik bauen für bis zu 69 Patientinnen im Maßregelvollzug. Eine Unterbringung erfolgt zum Beispiel nach Be-



Diese grüne Lunge von Heidhausen darf nicht zur Betonwüste werden.

Werner Schepers ist einer der Organisatoren des Protests.

ziehungstaten wie Tötung des Partners oder der Kinder, nach Brandstiftung in Einrichtungen oder Angriffen auf Mitbewohnerinnen und Personal. Die neue Klinik dient als präventive Maßnahme und zur Abwehr möglicher Gefahren. In NRW fehlen Therapieplätze, gerade für Frauen werden sie händeringend gesucht.

Auf Anfrage bestätigt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, dass konkret erste Grundrisse entwickelt und die mögliche Anordnung der Baukörper auf dem Grundstück untersucht würden. Laut Ministeriumssprecher Marcel Winter gibt es in der Tat Pläne, den Neubau über die ursprüngliche Fläche der LVR-Klinik hinaus zu erweitern: „Die Ackerflächen

werden in die Planungen einbezogen.“

Darüber müsse dringend gesprochen werden, findet die örtliche CDU. Ratsherr Yannick Lubisch diskutiert mit den Menschen und holt sich ein Meinungsbild ab: „Wir sind sehr enttäuscht von den aktuellen Meldungen. Aus unserer Sicht gab es weitgehend Konsens in Heidhausen, dass man eine Forensik auf der bestehenden Fläche der ehemaligen Klinik hinnehmen würde. Die angrenzenden Felder waren hingegen zu keinem Zeitpunkt in etwaigen Planungen genannt worden. Wir sind den Organisatoren der Demonstration daher sehr dankbar, dass sie für den Erhalt der Felder sensibilisieren und mobilisieren.“

Ministeriumssprecher Winter hat eine andere Botschaft: Es handle sich hier nicht um eine plötzliche „Erweiterung“ der Planung, die sei seit 2021 so vorgesehen: „Die Gebäude der Klinik werden etwa 5000 Quadratmeter Nutzfläche haben.“ Auf einer Grundstücksfläche von rund 40.000 Quadratmeter sollen Wege, Sport- und Grünflächen entstehen, darüber hinaus Parkplätze und eine Erschließungsstraße. Dazu Sicherheitsanlagen wie Zaun sowie inneren und äußeren Sicherheitsstreifen. Nach derzeitigem Planungsstand solle 2026 der Bauantrag gestellt werden.